

17. SEP. 1962

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

2/XVII/189

Bonn, den 17. September 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a	Nachfolgerfrage ----- Schwere Belastung der deutschen Politik	57
1a	Erlanders Erfolg ----- Zum großen Wahlsieg der schwedischen Sozialdemokratie	20
2	Unser aller Verantwortung ----- Grenzen des Parteigoismus	41
3 - 4	Schwesternnot ----- Erfahrungen im Krankenhaus Von Hety Schmitt-Maass	80
5 - 6	Vereinte Nationen ohne Schlagzeilen ----- Zur bevorstehenden Tagung der UNO	56
<u>Glosse:</u>		
6	Aktion Stammesbaum -----	3

Chefredakteur Günter Markscheffel

(z.Zt. abwesend)

Verantwortlich: Albert Exler

Nachfolgerfrage

Schwere Belastung der deutschen Politik

Der - Fast über Nacht ist die schwelende Diskussion um die Nachfolge des 36jährigen Bundeskanzlers wieder neu entflammt. FDP-Politiker, an der Spitze Dr. Mende, der Bundestagsabgeordnete Döring und der gegenwärtige Justizminister von Schleswig-Holstein, Dr. Leverenz, überraschten die deutsche Öffentlichkeit mit der massiven Drohung, die fünf FDP-Minister würden zurücktreten, wenn Dr. Adenauer nicht sein Wort halte, sein Amt noch im nächsten Jahr niederzulegen und einen jüngeren Platz zu machen. Was von Versicherungen dieser Art zu halten ist, hat der Bundesbürger noch allzugenug in Erinnerung. Mendes Wort wiegt nicht allzuviel, es hat den Wert von Eintagsklärungen, schon wieder weggewischt am nachfolgenden Tage. Die Drohung mit dem Rücktritt der FDP-Bundesminister erfolgte nach dem Aufbruch der Urlaubereise des Bundeskanzlers. Der Mut der FDP scheint mit der Entfernung Adenauers von Bonn in einem bestimmten Verhältnis zu stehen. Vielleicht wollte die FDP sich bei den von ihr vertretenen Wählern wieder in Position setzen, es stehen ja Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, Hessen und Bayern bevor, und die Hoffnung auf die Vergesslichkeit der Wähler mag ein ausschlaggebendes Motiv für ihren letzten Husarenritt sein.

Für den grösseren Koalitionspartner, die CDU/CSU, hat die FDP-Drohung jedoch mehr als nur die Wirkung eines Schreckschusses. Die widersprüchlichen Erklärungen der CDU offenbaren den Zustand einer Partei, die sich in einer schweren Führungskrise befindet und in der die verschiedenen Oliguen mit dem Blick auf morgen miteinander in Fehde liegen. Daß sogar der Name unseres Bundespräsidenten Lübke in diesem trüben Spiel wieder genannt wird, zeugt von einer Mißachtung dieses hohen Amtes, wie sie schon einmal bei dem Hin und Her um die Nachfolge des ersten Bundespräsidenten Professor Heuss erschreckend zutage trat. Der Bundeskanzler läßt alle taktischen Tricks spielen, um sich auch noch bis über die Zeit nach 1964 hinwegzusetzen. Er verfügt über Posten und Ämter und tut so, als ob es ein souveränes Parlament nicht mehr gäbe.

Selbst der durch die Fibag-Affäre schwer angeschlagene Strauss wird hier mit hineingezogen. Wie immer nun auch seine Überlegungen ausfallen mögen, ob er nun nach München als Ministerpräsident gehv

oder in Bonn bleibt, seine Haltung wird bestimmt durch die Entwicklung in Bonn. Bleibt er in Bonn, dann wohl nur, um an Ort und Stelle zu sein wenn das große Ringen um die Nachfolge Adenauers in seine Schlußphase tritt. Er muß allerdings dabei riskieren, seinen Griff über die CSU zu verlieren, deren Vorsitzender er ist und deren auseinanderstrebende Teile nur durch ihn zusammengehalten werden können. Wechselt er den Stuhl des Verteidigungsministers mit dem des bayerischen Ministerpräsidenten, dann kann er wohl die CSU als geschlossene Gruppe bewahren, läuft aber Gefahr, aus dem Bonner Spiel zumindest zeitweilig ausgeschaltet zu werden. Das Schicksal Kiesingers scheint nicht verlockend zu sein.

Lebten wir in ruhigen und normalen Zeiten, gäbe das verwirrende Bonner Geschehen vor und hinter den Kulissen reichlich Stoff für eine Komödie. Aber wir befinden uns nicht in ruhigen und normalen Zeiten, wir befinden uns auf stürmischen Gewässern, und das Boot, in dem wir sitzen, braucht eine sichere, ihrer Ziele bewußte Führung. Diese haben wir nicht. Der Streit um den Platz des Steuerministers beansprucht alle Energien und verzettelt die Kräfte. Es ist ein erschreckendes Spiel, das hier getrieben wird, es belastet die deutsche Politik mit schweren Hypotheken. Der gegenwärtige Zustand ist unerträglich.

+ + +

Erländers Erfolg

sp - Dieser Wahlerfolg bei den Kommunalwahlen kam selbst für die an Wahlsiege gewohnte schwedische Sozialdemokratie unerwartet. Die Partei des regierenden Ministerpräsidenten Erländer vergrößerte nicht nur ihre bestehenden Mehrheiten in den vier "reichsunmittelbaren" Städten, sie gewann auch die Mehrheit in der Hauptstadt Stockholm zurück, die sie vor vier Jahren verloren hatte und widerlegte damit die weit verbreitete Anschauung, eine Partei wie die Sozialdemokratie könne in den Städten über die bisher erreichte Stärke nicht mehr hinauskommen. Mit 5 Prozent vor allen abgegebenen Stimmen ließ sie alle anderen Parteien weit im Abstand. Da der Ausgang dieser Wahl auch den bisherigen Mandatsanteil der Sozialdemokraten in der Ersten Kammer erhöht - jedes Jahr wird ein Achtel der insgesamt 232 Abgeordneten der Ersten Kammer durch Neuwahlen in turnusmäßig festgelegten Provinziallandtagen und Stättbevollmächtigtenversammlungen erneuert - verfügt nun die Regierung Erländers über eine nicht zu erschütternde Stellung. - Für die schwedische Außenpolitik bleibt dies nicht ohne Bedeutung, spielte doch die Frage einer Assoziierung Schwedens zur EWG bei der Wahlentscheidung eine große Rolle. Die Mehrheit der Wähler befürwortet einen Kurs, der zwar an der traditionellen Neutralität Schwedens festhält, aber eine enge Verbindung zur EWG nicht ausschließt.

+ + +

Unser aller Verantwortung

sp - In den letzten Wochen hat die CDU/CSU versucht, aus dem längst abgeschlossenen Kapitel des rechtskräftig verurteilten Spions Frenzel parteipolitisches Kapital zu schlagen. Sie tat es vor dem Hintergrund der bevorstehenden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und in Bayern. Sie glaubte und glaubt, mit den Aufwärmern der alten Masche von der mangelnden Zuverlässigkeit der deutschen Sozialdemokraten in allen die Sicherheit unseres Volkes und Staates betreffenden Fragen längst verblasene Ressentiments wieder neu beleben zu müssen. Besonders tut sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Wacher hervor. Er machte sich zum Spitzenreiter einer Kampagne, die in der Bederkenlosigkeit ihrer Methoden und ihrer Zielsetzung an böse Beispiele aus einer nicht gar so fernern Vergangenheit erinnern.

So verständlich in einer Demokratie das Bestreben der Parteien ist, einander auf die Finger zu klopfen und gegenseitig Wähler abzuojagen, so findet oder sollte dieses Bestreben dort seine Grenze finden, wo höhere Gesichtspunkte, wo die Verantwortung aller für das Ganze zu gelten haben. Die Erhaltung der Sicherheit unserer Bundesrepublik und die Abwehr der sie bedrängenden Gefahren eignen sich nicht als Wahlkampfthemen. Wer den einen großen Mitträger des Staates, die Parlamentarische Opposition, und in diesem besonderen Fall die deutsche Sozialdemokratie bezichtigt, sie wäre weniger wachsam, sie nehme es mit der Sicherheit nicht so ernst, und, weil sie der Regierung auf vielen Gebieten opponiere, sei sie besonders geeignet als ein Feld für Agenten und Spione, verkennt nicht nur die Geschichte dieser großen Partei, er wählt die Lüge und die Verleumdung als Mittel des parteipolitischen Kampfes. Er beleidigt nicht nur die ungezählten Männer und Frauen, die wegen ihrer sozialdemokratischen Überzeugung die Kerker und Zuchthäuser Mitteldeutschlands füllten und füllen, er diffamiert auch die elfeinhalb Millionen Wähler und Wählerinnen, die bei der letzten Bundestagswahl dieser Partei ihre Stimme gaben.

Bleibt die Hoffnung unerfüllbar, daß nach der unter dem Titel: "Wir alle sind in Gefahr" veröffentlichten Dokumentation des sozialdemokratischen Parteivorstandes über das Ausmaß der gegen uns alle gerichteten kommunistischen Infiltration und Spionage und nach der Klärstellung des Falles Frenzel diese Art von Parteipolemik aus der deutschen Innenpolitik verschwindet? Sie nützt niemandem und schadet allen. Parteipolitische Auseinandersetzungen - ja, Selbstzerfleischung der deutschen Demokratie - nein. Die deutsche Demokratie bezieht ihre Stärke davon, daß die Parteien, die sich zum Grundgesetz bekennen, einander als Weggefährten betrachten - käme es anders, hätte Ulbricht sein Spiel gewonnen.

+ - +

Schwesternnot

Von Nety Schmitt-Maass

Um sich von der geradezu katastrophalen Schwesternnot in den Krankenhäusern eine Vorstellung machen zu können, muß man selbst als Patient diese Situation miterlebt haben, die Theorie allein genügt hier nicht. Aber nicht nur die Erfahrungen, die man als Patient machen kann, würden einen genaueren Einblick verschaffen, auch die Mitarbeit im "sozialen Hilfsdienst" könnte vermitteln, in welcher schwierigen Lage sich die Krankenhäuser zur Zeit befinden. Eine Verpflichtung der Mädchen und Frauen bestimmter Altersgruppen zum "sozialen Hilfsdienst" erscheint auch der CDU als eine nicht diskutabile Forderung.

Die freiwillige Mitarbeit erlebte ich selbst während eines Krankenhausaufenthalts in den letzten Wochen. Die Station, die mich aufnahm, wurde von einer erfahrenen Stationschwester "älter Schule" geleitet. Diese Frau beginnt ihr Tagewerk ob sonne- oder werktage um sechs Uhr und endet es nicht selten erst nach 22 Uhr. Zu ihrer Unterstützung hat sie eine Nachtschwester und eine fachlich ausgebildete Krankenpflegerin, eine Frau, bei der jeder Griff sitzt und die jeden Wink versteht. Sie ist außerdem Ehefrau und Mutter, und ihr Dienst dauert von acht Uhr bis 17 Uhr. Für die vielen Handreichungen, die sich bei der Krankenpflege ergeben stehen auf dieser Station noch zwei Schwesternschülerinnen zur Verfügung, die von einer Aufgabe zur anderen eilen. In den Semesterferien kommen Medizinstudentinnen ins "Praktikum", die jüngeren von ihnen waschen die Patienten und helfen überall, wo es not tut. Die älteren Semester (darunter auch männliche Studenten) praktizieren beim Stationsarzt. Gelegentlich kommen Stundenhelfer unterschiedlicher Qualität zum Einsatz. So wimmelt es also von Helfenden mit großem Eifer und gutem Willen, und irgendwie wird die Arbeit bewältigt.

Aber auch das Krankenhaus kennt Sonntage, und die stets in rastlosem Einsatz stehenden Fachkräfte brauchen eine Entlastung und müssen ausspannen. Wer gönnte es ihnen nicht! Für diesen Fall tritt nun der "soziale Hilfsdienst" in Aktion. Es ist eine großartige Idee, daß sich junge, heranwachsende Mädchen freiwillig verpflichten, ihre Sonntage zu opfern und helfend einzuspringen.

Mein Krankenhaus war an Sonntagen förmlich überflutet von solchen Mädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren, angetan mit weißen Schürzen. Strahlend, stolz und auch ein wenig neugierig betraten sie die Krankenzimmer, versorgten die Blumen mit frischem Wasser (manchmal vergaßen sie es auch) und brachten die Mahlzeiten an die Krankenbetten. Dabei passierte es auch, daß sie das Saßgeschirr so ungeschickt auf die kleinen Klapptische stellten, daß bettlägerige, schwer bewegliche Patienten zuweilen ihre Teller nicht erreichen konnten - oder sie drapierten das Menü malerisch um eine Blumenvase, und bei der ersten unverschämten Bewegung des Kranken ergoß sich der Blumenregen samt Wasser über das frisch bezogene Bett. Erschrockene Gesichter - hilflose Gebärden; eine der überlasteten Fachschwestern mußte kommen, um zu zei-

gen, wie man Scherben zusammenkehrt und Pfützen auf dem Fußboden wegputzt. Doch niemand erregte sich über diese programmwidrigen Zwischenspiele, die den gutwilligen Kindern auch nicht übel genommen wurden.

Wenn abends die Nachtschwester ihren Dienst antritt, übergibt ihr die Stationschwester - am Ende ihrer körperlichen und seelischen Kräfte - Station und Patienten. Wohl kaum denkt sie über Möglichkeiten nach, wie die Schwesternnot zu beseitigen wäre. Für sie ist dieser Pflegedienst "Schicksal". Wir aber, die wir gelegentlich krank sind und gepflegt werden möchten, wir haben eine Meinung zu dieser Frage

Eine gesetzliche Regelung der sogenannten "freiwilligen sozialen Dienste" kann den Notstand im Pflegeberuf weder beseitigen noch verdecken. Wie wäre es aber mit der Einführung revolutionärer Maßnahmen wie:

acht-Stundentag für Schwestern (und nicht mehr als sechs Tage Dienst in der Woche).

angemessene Bezahlung, die der verantwortungsvollen Aufgabe entspricht.

Anspruch auf ein eigenes Zimmer oder eine eigene Wohnung.

qualitativ beste Ausbildung und laufende Fortbildung entsprechend den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen.

bei Bedarf großzügige Ausbildungsförderung und -beihilfen.

Verbesserung der Aufstiegschancen und gesellschaftliche Anerkennung auch in diesem Beruf.

geschickte Werbung zur Gewinnung von mehr Nachwuchskräften sowie Aufklärung der Eltern über menschliche und materielle Vorteile des Schwesternberufes gegen über anderen begehrten Frauenberufen.

Solche Forderungen sollten gesetzlich geregelt werden. Schwestern sind auch Menschen und unsere Hochachtung gebührt denjenigen, die bis heute unter mangelhaften Bedingungen ausgeharrt haben in schwerer, anstrengender, aber auch dankbarer Tätigkeit:

Im wahren Dienst an Menschen !

Vereinte Nationen ohne Schlagzeilen

B.K. - In seiner Einführung zum Jahresbericht an die Generalversammlung schreibt U Thant, die ständige und unaufhörliche Arbeit der Vereinten Nationen zugunsten des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts liefere zwar keine Schlagzeilen, stelle aber einen dauerhafteren Beitrag zum Wohlergehen und Frieden in der Welt dar. Diese Bewertung wird man in Auge behalten müssen, wenn an der demnächst beginnenden Generalversammlung wiederum politische Auseinandersetzungen, die von Presse, Rundfunk und Fernsehen millionenfach verstärkt werden, den völlig einseitigen Eindruck erwecken, als ob der Glaspalast in Manhattan nichts anderes als eine Art Boxring für Diplomaten darstelle.

Die geringe Beachtung, die dagegen der praktischen Tätigkeit der Vereinten Nationen in allgemeinen entgegengebracht wird, birgt die Gefahr in sich, daß die Öffentlichkeit von wesentlichen und lösbaren Aufgaben der Organisation kaum Kenntnis hat und deshalb außerstande ist, auf die Regierungen entsprechend einzuwirken. Im Vordergrund steht die Frage, ob die wohlhabenden Staaten willens sind, den Vereinten Nationen jene finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, ohne die das Programm für ein "Jahrzehnt der Entwicklung" toter Buchstabe bleiben würde.

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die gesamten Ausgaben der Vereinten Nationen einschließlich der Hilfe an die Entwicklungsländer nur einen winzigen Bruchteil der Summen darstellen, die gegenwärtig allein für Versuche mit Weltraumraketen ausgegeben werden, wirken die ständigen Finanznöte der Weltorganisation als Skandal, der nicht ihr, sondern den Regierungen zur Last gelegt werden muß. Mit Nachdruck weist U Thant deshalb erneut darauf hin, daß trotz großer Anstrengungen die bisherigen Ergebnisse der Entwicklungsförderung den vorhandenen Notwendigkeiten bei weitem nicht gerecht werden, weshalb die Gefahr nicht übersehen werden dürfte, daß die sich daraus ergebende Enttäuschung der aufstrebenden Völker in einem Ausmaß überhandnehmen könnte, das eine geordnete Entwicklungspolitik in Frage stellt.

"Ich habe schon gesagt, und möchte wiederholen, daß meiner Ansicht nach die gegenwärtige Spaltung der Welt in reiche und arme Länder viel realer und ernster und letztlich auch viel explosiver ist als die ideologische Spaltung der Welt". Die wohlhabenden Staaten sehen sich deshalb vor die unausweichliche Entscheidung gestellt, entweder mit ungekniffenen Augen einer katastrophalen Situation entgegenzutreten oder aber ihre Solidarität mit den aufstrebenden Ländern durch die Kanäle der Vereinten Nationen ganz entscheidend zu verstärken.

U Thant stellt die Frage, ob die für eine zusammenhängende, aufbauende Entwicklungsstrategie erforderlichen Mittel aufgebracht werden können, um die heute noch rückständigen Länder zum Partner in einer dynamischen Weltwirtschaft werden zu lassen. "Diese Aufgabe stellt sich allen Völkern und Staaten gemeinsam, und sie ist groß genug, um die Welt zu einigen." Nach dieser Auffassung bildet die Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme die Grundlage für die Regelung

vieler politischer Meinungsverschiedenheiten, die gegenwärtig die Welt in Atem halten. Wenn die Regierungen die Vereinten Nationen materiell in die Lage versetzen, ihre wirtschaftliche und soziale Rolle wirksam zu spielen, verlieren die politischen Konflikte allmählich ihre Schärfe und ihre gegenwärtigen Umrisse. Die Bedeutung der bevorstehenden Generalversammlung darf deshalb nicht allein nach der Länge der politischen Debatten gemessen werden, sondern vor allem an ihrer Fähigkeit, die Weltorganisation noch wirksamer als bisher zur Überwindung von Not und Elend einzusetzen.

+ + +
Aktion Stammbaum 62

L. Sch. - Daß sich im rheinland-pfälzischen Schuldienst zuweilen merkwürdige Dinge tun, ist Freunden und Gegnern des CDU-Kultusministers Dr. Eduard Orth hinreichend bekannt. Wie sie allerdings fortwirkend in anderen Bereichen der Landesverwaltung Kuriositäten gebären, hat der SPD-Landtagsabgeordnete Karl Kuhn erst entdecken müssen.

In einer parlamentarischen Anfrage an die Mainzer Landesregierung schildert er folgenden Vorgang: Einem 1934 in Thüringen zum Beamten auf Lebenszeit ernannten und seit fünf Jahren im Schuldienst von Rheinland-Pfalz tätigen Lehrer schickte die staatliche Aufsichtsbehörde die überraschende Aufforderung ins Haus, er solle den Nachweis über seine Staatsangehörigkeit führen. Als loyaler Staatsdiener, der sich in drei Jahrzehnten wechselvollen Beamtenchicksale offenbar nicht zum ersten Male seltsamen Ratschlässen seiner Dienstherren ausgeliefert sah, suchte der Erzieher beim Polizeiamt in Mayen Rat. Die Beantwortung seiner Frage, wie er den Nachweis seiner seit 1934 in einem amtlichen Dokument einwandfrei festgehaltenen Staatsangehörigkeit nochmals erbringen könne, brachte jedoch selbst ihn aus dem Gleichgewicht. Er habe, so wurde ihm nämlich von der Polizeiverwaltung eröffnet, die Abstammung von deutschen Vorfahren bis etwa 1800 christlicher Zeitrechnung rückwärts zu belegen.

Die seit 1945 auf's Liebhaberteil gesetzten Ahnenforscher haben Grund zur freudigen Genugtuung: Endlich soll der astreine Stammbaum an deutschen Landen wieder etwas gelten, soll wieder behördliche Anerkennung finden, daß deutsches Blut "ein besonderer Saft" ist! Nur eine Klippe dürften die Fahnder nach "reinrassigen" Urgroßvätern bis zur Wiedereinsetzung in ihre Funktionen der "Arierzeit" noch zu überwinden haben: Die regierungsmündliche Antwort auf die SPD-Anfrage, aufgrund welcher Anweisungen Polizeiamter einen Ahnennachweis zur Belegung der Staatsangehörigkeit fordern können.